

Christoph Merian Stiftung

Die Genschutz-Initiative bewegt Basel

Autor(en): Mathis Brauchbar

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1998

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/a1fefeb9-2389-4b15-aa71-079820cc61cc

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung. http://www.cms-basel.ch https://www.baslerstadtbuch.ch

Die Genschutz-Initiative bewegt Basel Mathis Brauchbar

Am Abend des 7. Juni 1998 waren viele überrascht. Es war der Tag, an dem das Stimmvolk die Genschutz-Initiative ablehnte. Von 1874881 Schweizer Stimmberechtigten sprach sich nur gerade ein Drittel für die Intiative aus. Nicht die Tatsache, dass die Initiative gescheitert war, erstaunte, sondern die Deutlichkeit des Verdikts, «Glasklares Nein zur Genschutz-Initiative», titelte die Basler Zeitung tags darauf.

Der Abstimmungskampf war mit grosser Heftigkeit und aussergewöhnlichem finanziellen Aufwand ausgetragen worden, das Thema in den Medien in den Monaten vor dem 7. Juni allgegenwärtig. Die Abstimmung wurde zur Schicksalsfrage hochstilisiert. Dabei standen sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber: Auf der Seite der Initianten waren vor allem Verbände aus Umweltschutz, Tierschutz, Entwicklungszusammenarbeit und Konsumentenschutz zu finden. Ausserdem engagierten sich die gentech-kritische Organisation (Basler Appell gegen Gentechnologie> und der Verband der kleineren und mittleren Bauern VKMB für die Initiative. Von den Parteien hatten die Grünen und die SP Schweiz die Initiative unterstützt. Auf der Gegenseite waren der Bundesrat. sämtliche bürgerlichen Parteien, Wirtschafts- und Gewerbeverbände, Universitäten, For-

Junge Wissenschaftler des **Biozentrums** bekämpfen die Genschutz-Initiative.



schungsvereinigungen und die wissenschaftlichen Akademien auszumachen.

Der Initiativtext bestand im wesentlichen aus drei Verboten. Nicht mehr erlaubt sein sollten:

- Herstellung, Erwerb und Weitergabe von gentechnisch veränderten Tieren;
- Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt;
- Erteilung von Patenten für gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen sowie deren Bestandteile, für die dabei angewandten Verfahren und für die Erzeugnisse.

In anderen Bereichen der Anwendung der Gentechnik müssten Nutzen und Sicherheit, das Fehlen von Alternativen und die ethische Verantwortbarkeit darlegt werden.

Argumente, Akzeptanz und Ablehnung

Untersuchungen über die Wahrnehmung der Gentechnik durch die Bevölkerung zeigen ein differenziertes Bild, das sich in ganz Europa gleicht. Dabei lassen sich drei Felder der Akzeptanz respektive der Ablehnung ermitteln:

- Grosse Akzeptanz: Medikamente, Impfstoffe, Gentests für die Diagnose werden von den meisten als nützlich, mit einem mittleren Risiko behaftet und moralisch vertretbar empfunden. Diese Anwendungen der Gentechnik sollten nach Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung gefördert werden.
- Schwache Akzeptanz: Resistente Kulturpflanzen oder Tiere für Laborversuche werden zwar als nützlich, aber auch als riskant und moralisch ambivalent wahrgenommen. Daher sollten sie eher nicht gefördert werden.
- Keine Akzeptanz: Auf starke Ablehnung stossen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel, die Xenotransplantation, also die Verwendung von Organen aus gentechnisch veränderten Tieren für die Transplantation bei Menschen, sowie das Klonen von Tieren. Sie werden als unnütz, riskant und moralisch nicht vertretbar beurteilt.

Mit Verboten von Tierversuchen und der Freisetzung von Kulturpflanzen versuchte die Genschutz-Initiative, den Bereich mit schwacher Akzeptanz zu regulieren. Die Gegner der Initiative behaupteten, mit dem neuen Verfassungsartikel würde auch der – stark akzeptierte – gentechnische Fortschritt in der Medizin verhindert. Die Initianten dagegen machten geltend, dass mit den Verboten von transgenen Tieren und der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen auch der allseits ungeliebte Gen-Food gestoppt würde.

Beobachterinnen und Beobachter des Abstimmungskampfes sahen sich hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, am medizinischen Fortschritt teilzuhaben, und dem Bedürfnis, der Verbreitung gentechnisch veränderter Lebensmittel einen Riegel vorzuschieben.

Die eigentlichen Gegenstände der Initiative – transgene Tiere und Pflanzen – standen kaum mehr zur Debatte. Interessanterweise hatten deshalb die Argumente, die in den frühen 90er Jahren zur Formulierung der Initiative geführt hatten, im Abstimmungskampf keine Bedeutung mehr.

Eng verbunden mit den Hauptstossrichtungen in der Argumentation wurde ein negativer Einfluss auf den Forschungsplatz Schweiz: Die Schweiz könnte mit der Initiative und dem damit verbundenen Verbot von transgenen Tieren ihren Spitzenplatz in der biomedizinischen Forschung verlieren. Obwohl die Arbeitslosigkeit derzeit gemäss Umfragen die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung ist, hielten sich die Wirtschaftsverbände und die Pharmaindustrie während der Abstimmungskampagne zurück, die Gefährdung von Arbeitsplätzen zu thematisieren. Denn in Zeiten der Rationalisierung, der Globalisierung, der Fusionen und dem damit verbundenen Arbeitsplatzabbau hätte sich dieses Argument leicht gegen die Industrie wenden können.

Ein weiteres Argument dürfte Stimmen gegen die Initiative mobilisiert haben, vor allem in linken Kreisen und bei EU-Befürwortern: Die Initiative werde die Schweiz in Europa noch mehr isolieren, ohne aber die Weiterentwicklung der Gentechnik ausserhalb der Schweiz in irgendeiner Weise zu beeinflussen.

Die Argumentation der Initianten, die Gentechnik sei wegen Umweltrisiken und Tierleid

einzuschränken, konnte sich im Abstimmungskampf nicht durchsetzen.

Starke Basler Vertretung

Dass die Initiative in Basel hohe Wellen schlagen würde, war schon bei der Lancierung 1992 klar gewesen. Im Visier der Initianten waren damals vor allem die multinationalen Basler Konzerne Ciba, Sandoz und Roche. Dass neben ihnen auch das Basler Institut für Immunologie, das Friedrich Miescher-Institut, das Biozentrum der Universität und weitere Universitäts-Institute betroffen sein würden, stand seinerzeit kaum zur Debatte.

Nicht nur die Anwender der Gentechnik waren in Basel stark vertreten: Im November 1988 war in den Räumen der Mensa der Universität der «Basler Appell gegen Gentechnologie» gegründet worden. Mit der Nationalrätin Ruth Gonseth war zudem eine Baselbieterin Präsidentin des Intitiativ-Komitees.

In Basel wurde der Abstimmungskampf denn auch intensiver geführt als in der übrigen Schweiz. Initianten wie auch Industrie, Forscher und Politiker machten mobil: Zahlreiche Podiumsdiskussionen und Standaktionen fanden in den Monaten vor dem Urnengang statt. Die sonst eher zurückhaltende Universität engagierte sich gegen die Initiative, was ihr den Vorwurf einbrachte, andere Meinungen würden unterdrückt. Das Biozentrum und das Friedrich Miescher-Institut organisierten Tage der offenen Tür. Die betroffenen Forscherinnen und Forscher, sonst gesellschaftlichen Debatten eher verschlossen, setzten sich öffentlich für ihr Anliegen ein: Für eine Demonstration der Forscher und Studentinnen und Studenten am 28. April organisierte das Biozentrum einen Extrazug nach Zürich.

SP Basel-Stadt gespalten

Während die Bürgerlichen wie auch die Grünen nie einen Zweifel an ihrer Stimmempfehlung liessen, sah sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vor einer Zerreissprobe: Feministische und ökologisch motivierte SP-Mitglieder traten klar für die Initiative ein; Teile der Gewerkschaften sowie technik- und fortschrittsfreundliche Mitglieder wandten sich umso deutlicher dagegen.

Obwohl im Vorfeld der Abstimmung und in den parlamentarischen Beratungen noch über die Parteigrenzen hinweg debattiert worden war, bildete sich während des Abstimmungskampfes das herkömmliche Links-rechts-Muster heraus: Die SP-Fraktion im Bundeshaus und die Parteileitung gaben mit deutlichem Mehr die Ja-Parole heraus, ebenso auch die SP-Delegiertenversammlung in Basel-Stadt.

Das klare Basler SP-Votum überraschte, war doch zu erwarten gewesen, dass in der von der Initiative stark betroffenen Stadt zumindest eine Stimmfreigabe beschlossen würde. Doch die Ja-Parole hatte eher politische als inhaltliche Gründe: In einem Interview hatte die Basler SP-Regierungsrätin Veronica Schaller dargelegt, dass sie persönlich grosse Vorbehalte gegenüber der Gentechnik hege und daher die Anliegen der Initiative unterstütze. Die bürgerlichen Parteien warfen ihr daraufhin vor, sie stelle ihre persönliche Skepsis über die Interessen der Stadt. Ihre Einstellung war zum Politikum geworden, das in ihrer eigenen Partei eine deutliche Gegenreaktion provozierte. Gerade weil die Regierungsrätin stark angegriffen worden war, galt es nun, sich mit ihr zu solidarisieren und die Ja-Parole zu beschliessen.

Die Gegner der Initiative hingegen fanden in der eigenen Partei zu wenig Unterstützung, um sich durchzusetzen. Zuvorderst kämpfte Ständerat Gian-Reto Plattner gegen die Initiative. Mit seiner flammenden Rede in der kleinen Kammer erntete er den Applaus der Bürgerlichen und der Wirtschaftsvertreter, was ihm eine Schelte von Fraktionskollegen in Bern einbrachte. Dadurch liess er sich aber nicht beirren: Zusammen mit dem Gewerkschaftssekretär Mathias Bonert organisierte Plattner wenige Wochen vor der Abstimmung in einer (Feuerwehraktion) das nationale Komitee (Linke gegen die Genschutz-Initiative) und zog so noch mehr den Unmut von Parteikollegen auf sich.

Stimmbeteiligung und Resultate

Trotz des intensiven Kampfes um die Stimmen konnte die Initiative in Basel – wie in der übrigen Schweiz – nicht die ganz breiten Massen mobilisieren: Mit einer Stimmbeteiligung von 54% wies Basel zwar nach Schaffhausen, wo Stimmzwang herrscht, die höchste Quote auf; sie fiel aber gegenüber anderen Abstimmungen deutlich ab: Die Beteiligung an den Abstimmungen ‹für eine Schweiz ohne Armee› und zum Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum EWR hatte wesentlich darüber gelegen.

Die Stimmbeteiligung erreichte keine Spitzenwerte, weil die Initiative nicht auf ein Thema ausgerichtet war, sondern drei sehr verschiedene Teilbereiche der Gentechnik zu regulieren versuchte. Zudem waren viele von der Abstimmung nicht unmittelbar betroffen, und die Frage, welche die Bevölkerung am meisten interessierte, nämlich nach der Einführung von sogenanntem (Gen-Food), stand nicht zur Abstimmung.

Deutlicher als die restliche Deutschschweiz lehnten die beiden Basel die Initiative ab. Mit einer Zustimmung von 33% lag Basel-Stadt genau im gesamtschweizerischen Schnitt, während Basel-Landschaft mit 29% um einiges darunter lag.

Wie das Bundesamt für Statistik mitteilte, ähnelte das Abstimmungsprofil in der Schweiz stark jenem bei den Tierversuchs-Initiativen von 1985, 1992 und 1993: Je höher bei diesen Vorlagen in einem Kanton die Ja-Stimmenanteile waren, desto grösser war die Zustimmung zur Genschutz-Initiative. Dieselbe Parallele lässt sich zur Abstimmung von 1984 über die Atom-Ausstiegsinitiative ziehen, bei der es ebenfalls um die Risiken einer Technologie gegangen war.

Die Vox-Analyse der Universität Zürich untersuchte die Ursachen für die Abstimmungsresultate. Danach waren das zersplitterte rot-grüne Lager sowie eine geschlossene gegnerische Front mit erfolgreichem Themenmanagement für das Nein massgebend. Ausser bei den Mitgliedern von Um-

Zu den Befürwortern der Genschutz-Initiative gehörten neben dem (Basler Appell gegen Gentechnologie) auch zahlreiche (Bio-)Bauern.



weltschutzorganisationen wurden in keiner der untersuchten gesellschaftlichen Gruppen Ja-Mehrheiten erreicht. Obwohl Frauen der Gentechnik gegenüber generell kritischer eingestellt sind, lag der Ja-Stimmen-Anteil in dieser Gruppe nur leicht über dem Mittel.

Die Vox-Analyse belegt auch, dass die Kampagne der Initiativ-Gegner sehr erfolgreich war. Die Stimmbevölkerung nahm den Schutz-Gedanken des Pro-Komitees kaum wahr, sondern vor allem die Charakterisierung als «Gen-Verbots-Initiative». Dass die «Gentechnologie neue Methoden zur Bekämpfung von Aids, Krebs und anderen Krankheiten» ermöglichen könne, erwies sich als das schlagkräftigste Argument der Initiativ-Gegner.

Angeführt von der pharmazeutischen Industrie, unterstützt und getragen von Universitäten und wissenschaftlichen Organisationen, hatten die Gegner der Initiative eine konsistente, aufwendige und über mehrere Jahre angelegte Kampagne geführt, in der vor allem sie die Themen des Abstimmungskampfes bestimmten. Die Initianten – zwischen den Interessen der Tierschützer, der Umweltverbände und des Konsumentenschutzes aufgerieben und auch von den finanziellen Möglichkeiten her beschränkt – konnten darauf nur schlecht reagieren.

Kaiseraugst und Schweizerhalle wirken nach

Die Basler Auseinandersetzung um den Urnengang war wesentlich durch die jüngere Geschichte geprägt. In den 80er Jahren begann die chemische und pharmazeutische Industrie in der Schweiz, sich für Bio- und Gentechnologie zu interessieren. 1986 wurde das Verhältnis zwischen der Basler Chemie und der Bevölkerung nachhaltig gestört: Der Brand in Schweizerhalle und seine ökologischen Folgen führte zu einem neuen Klima der Opposition und einer neuen Risikowahrnehmung.

Bürgerbewegungen wie die ‹Aktion Selbstschutz› entstanden und forderten einen besseren Bevölkerungsschutz. Sie konnten von den Erfahrungen einer anderen Bewegung profitieren, die eben erst erfolgreich gewesen war: Die Anti-AKW- Bewegung hatte erreicht, dass das AKW Kaiseraugst nicht gebaut wurde. Nach zehn Jahren Kampf gegen das AKW wussten die führenden Köpfe dieser Bewegung, wie Widerstand zu mobilisieren und zu organisieren war.

Doch: «Es gibt keinen Grund, gegen Atomtechnologie und nicht auch gegen Gentechnologie zu sein. Gentechnologie als Schlüsseltechnik der Zukunft ist ein zentraler Baustein der gesellschaftspolitischen Macht», formulierten Anita Fetz, Florianne Koechlin und Ruth Mascarin, die Herausgeberinnen des Buches «Gene, Frauen und Millionen» 1988, in jenem Jahr also, in dem der «Basler Appell gegen die Gentechnologie» gegründet wurde. Noch heute ist die Gentech-Kritik oft auch als Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem zu verstehen. Dies wurde nicht zuletzt an der Debatte zur Genschutz-Initiative deutlich.

Die Themen liegen auf dem Tisch

Auch nach der Abstimmung wird die Gentechnik und ihre Chancen und Risiken ein Thema bleiben. Denn das Resultat ist keineswegs als (Ja) zur Biound Gentechnik zu werten. Weitere Anwendungen der Gentechnik - etwa die Gendiagnostik oder die Xenotransplantation - bergen ein grosses gesellschaftliches Konfliktpotential, wurden bisher aber kaum diskutiert. Initiativen bringen immer wieder Themen auf das Schweizer politische Parkett, die von der Regierung oder den Behörden nicht als dringlich erkannt werden: So ist es das Verdienst der Genschutz-Initiative, mögliche Gefahren der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen und tierrechtliche Aspekte der Gentechnik zur Diskussion gebracht zu haben. Dass nun entsprechende Normen eingeführt werden, ist eine Folge der Initiative.

Initiativen eignen sich aber letztlich nicht dazu, aktuelle Fragen und Probleme vertieft zu diskutieren. Wie bei allen Abstimmungen war bei der Genschutz-Initiative nur ein 〈Ja〉 oder ein 〈Nein〉 an der Urne gefragt – die Polarisierung der Debatte lag bereits in der Frage auf dem Abstimmungszettel begründet.